

<b>Protokoll:</b>	<b>Verwaltungsausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrifts-Nr</b>	434
		<b>TOP:</b>	13
	Verhandlung	<b>Drucksache:</b>	313/2007
		<b>GZ:</b>	AK 6050-00

<b>Sitzungstermin:</b>	07.11.2007
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich
<b>Vorsitz:</b>	EBM Föll
<b>Berichterstattung:</b>	-
<b>Protokollführung:</b>	Herr Häbe sp
<b>Betreff:</b>	<b>Zwischenbericht zum Projekt eProcurement</b>

Vorgang: Ausschuss für Umwelt und Technik vom 06.11.2007, nicht öffentlich, Nr. 559

Ergebnis: ohne Votum Verweisung an den Verwaltungsausschuss

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Allgemeine Verwaltung und Krankenhäuser vom 10.10.2007, GRDRs 313/2007 mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Vom Zwischenbericht zum Projekt eProcurement wird Kenntnis genommen.
2. Vom Wechsel der eVergabe-Plattform der Fa. N. N. (Name wurde aus Datenschutzgründen gelöscht) vom Testbetrieb in den Regelbetrieb ab 01.01.2008 wird Kenntnis genommen. Es entstehen dadurch Kosten
  - einmalig 205.244 EUR für Investitionen (Fipos 2.0620.9358.000/0999)
  - ab 2008 jährlich 26.299 EUR für Wartung (Fipos 1.0610.5251.000 Betriebskosten) durch die Fa. N. N. (Name wurde aus Datenschutzgründen gelöscht). Die benötigten Mittel werden im Rahmen des IuK-Maßnahmenplans (IMP) bzw. des vorhandenen IuK-Budgets anteilig über die jeweiligen Mandanten finanziert. Die jährlichen Betriebskosten (Wartung und Rechnerbetrieb bei der Abt. IuK) werden über die interne Leistungsverrechnung anteilig auf die

Mandanten verteilt.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, das eVergabe-Verfahren bei allen Ämtern und Eigenbetrieben einzuführen und mögliche Einsparungen auf der Grundlage detaillierter Analysen und Organisationsvorschlägen zu verifizieren. Für den VOL-Bereich wird von der Erschließung eines Einsparpotenzials von durchschnittlich 10% bei den Personalausgaben und durchschnittlich 3% beim vergabefähigen Beschaffungsvolumen ausgegangen, bezogen auf den Gesamtdurchschnitt der Beschaffungsbereiche (eVergabe und eBeschaffung). Die Verwaltung erstattet hierzu Mitte 2008 einen Zwischenbericht.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Einführung eines Systems für den Bereich eBeschaffung vorzubereiten. Die Verwaltung bringt hierzu Mitte 2008 eine Beschlussvorlage ein.

EBM Föll stellt fest:

Der Verwaltungsausschuss beschließt ohne Aussprache einstimmig wie beantragt.